

A1 Für eine niedersächsische Asyl- und Migrationspolitik der Humanität und Vernunft

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 08.11.2023

Tagesordnungspunkt: 7. Für eine Niedersächsische Asyl- und Migrationspolitik der Humanität und Vernunft

Antragstext

1 Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine begann die größte Fluchtbewegung
2 in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Doch nicht nur aus der Ukraine, sondern
3 auch aus anderen Ländern wie Afghanistan oder Syrien suchen Menschen Schutz bei
4 uns in Niedersachsen. Den damit einhergehenden Herausforderungen müssen wir uns
5 stellen und Antworten bieten, die real existierende Probleme lösen.

6 Kriege, Armut, Repression und auch der Klimawandel zwingen viele dazu, einen
7 sicheren Ort zu suchen. Dabei stehen für uns zwei Dinge im Vordergrund: Wir
8 wollen unserem historischen Anspruch gerecht werden, den uns das Grundrecht auf
9 Asyl mitgibt. Die individuelle Asylprüfung bleibt unantastbar. Zum anderen wollen
10 wir Niedersachsen als Einwanderungsland weiter gestalten. Deshalb werben wir für
11 eine Kultur der Integration ab dem ersten Tag, gemeinsam mit Unternehmen,
12 Gewerkschaften, sozialen und kirchlichen Verbänden. So können wir der Realität
13 gerecht werden, dass wir in den nächsten Jahren auf Zuwanderung angewiesen sein
14 werden. Wir setzen uns ein für eine offene und liberale Einwanderungs- und
15 Arbeitsmarktpolitik in Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention und Asyl im
16 Grundgesetz. Menschen auf der Flucht dürfen nicht kriminalisiert und entrechtet
17 werden. Wir GRÜNE in Niedersachsen stehen für eine humane und vernünftige
18 Asylpolitik, keine Scheinlösungen. Wir GRÜNE in Niedersachsen stehen für eine
19 humane und vernünftige Asylpolitik, keine Scheinlösungen.

20 Das Grundrecht auf Asyl verteidigen und Integration erleichtern

21 Niedersachsen ist ein weltoffenes Einwanderungsland und war es schon immer. Wir
22 möchten allen Menschen ermöglichen, frei von Angst und Diskriminierung in einem
23 Bundesland der Chancengleichheit leben zu können. Den jetzigen wie den kommenden
24 Herausforderungen in der Aufnahme müssen wir gerecht werden. Auch wenn wir aus
25 Niedersachsen heraus nicht die weltpolitische Lage bedeutend verändern können,
26 tragen wir dennoch unseren Teil dazu bei. Als GRÜNE in Niedersachsen leisten wir
27 mit Sachpolitik und handfesten Vorschlägen einen Beitrag, der den teils
28 überhitzten Diskurs auf feste Beine stellen soll. In diesem Sinne begrüßen wir
29 es grundsätzlich, dass es einen Pakt von Bund und Ländern für eine höhere
30 Finanzierung gibt, auch wenn wir GRÜNE uns in vielen Bereichen andere Lösungen
31 gewünscht hätten, wie bei der Verschlechterung bei den Leistungen für
32 Asylsuchende oder der Einführung einer Bezahlkarte. Die Menschen erwarten von
33 der Politik Antworten auf die Herausforderungen im Land und dass wir gemeinsam
34 konsequente Schritte zur Lösung gehen. Hier bietet der verhandelte Pakt nun eine
35 Grundlage, die im Ringen um die besten Wege geeint wurde.

36
37 Die Niedersächsischen Gemeinden und Landkreise leisten Großartiges und verdienen
38 unsere breite Unterstützung bei der Aufnahme von Geflüchteten. Und auch ohne das
39 große Engagement unzähliger Freiwilliger, Vereinen und Hilfsorganisationen würde
40 die aktuelle Herausforderung nicht zu meistern sein. Ihnen allen gilt unser

41 großer Dank und unsere Wertschätzung. Diese Leistung muss gewürdigt und
42 unterstützt werden.

43 Unsere niedersächsischen Kommunen sind zu einem großen Teil in
44 Haushaltssicherungskonzepte gerutscht, da sie ihre vielzähligen Aufgaben kaum
45 noch ausfinanzieren können. Doch sie sind es, die diese Integrationsleistung vor
46 Ort umsetzen und wo Menschen auf der Flucht ankommen. Neben der finanziellen
47 Notlage fehlt es auch an kurzfristig verfügbarem Wohnraum, Kitaplätzen und
48 Lehrkräften. Kommunen brauchen Planungssicherheit und einfachere Verfahren. Wir
49 nehmen diese Gestaltungsaufgabe weiter an und arbeiten an Lösungen, die
50 unmittelbar und tatsächlich zur Erleichterung der Situation beitragen.
51 Wir stellen fest, dass eine gute Asylpolitik nur durch ein enges Zusammenspiel
52 aller politischen Ebenen und einem klaren Bekenntnis aller Parteien zu der Suche
53 nach Lösungen anstatt eines weiteren Aufheizens der Situation gelingen kann.
54 Dieses muss durch konstruktive anstatt vermeintlich einfache Lösungen geschehen,
55 die der komplexen Realität gerecht werden. So schaffen wir eine Asyl- und
56 Migrationspolitik, die dauerhaft Humanität und Vernunft verantwortungsvoll und
57 solidarisch zusammenbringt. Der Wettlauf um die radikalste Forderung, die am
58 Ende keine Herausforderung löst, aber politisch Rechtsextreme stärkt, muss
59 beendet werden.

60 61 Schutz statt Scheinlösungen

62 Um tatsächlich Entlastung für Kommunen zu schaffen, helfen keine Scheinlösungen
63 wie unwirksame Grenzkontrollen, Sachleistungen oder der Fokus auf Abschiebungen,
64 denen in der Regel wirksame Rechtsgründe und menschenrechtliche Standards
65 entgegenstehen. Kommunen müssen strukturell in ihren Finanzen besser aufgestellt
66 werden, um allen Aufgaben gerecht werden zu können. Überforderte und
67 unterfinanzierte Kommunen vor Ort gefährden letztendlich demokratische Prozesse
68 und erschüttern das Vertrauen in die Demokratie.

69 Es braucht ein klares Bekenntnis aller Ebenen, unsere Kommunen mit dieser
70 Herausforderung nicht alleine zu lassen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, im
71 Rahmen der Landeskoalition sowie der Bund-Länder-Abstimmungen alle Möglichkeiten
72 zu prüfen und zu unterstützen, die Kommunen real entlasten. Ein erster Erfolg
73 ist die Einigung im Rahmen der Bund-Länder-Gespräche, dass Kommunen eine
74 verlässliche und auskömmliche Unterstützung bei der Finanzierung der Aufnahme,
75 Versorgung und Integration, inklusive der Vorhaltekosten bekommen. Es ist ein
76 wichtiger Schritt, dass der Bund hier jetzt mehr leistet und dass es den
77 Einstieg in ein atmendes System gibt. Dafür hat sich die Landesregierung
78 erfolgreich stark gemacht.

79 Neben der Versorgung von geflüchteten Menschen muss sich das Land auch
80 innenpolitisch auf die Aufnahme von angeworbenen Fachkräften vorbereiten, die
81 ebenfalls einen Integrationsbedarf haben. Auch hierfür werden in den nächsten
82 Jahren Kita-Plätze, Wohnungen und Integrationskurse gebraucht.

83 Wir möchten den Kommunen langfristige Planungssicherheit geben. Das geht nicht
84 im Sechs-Monats-Rhythmus, sondern braucht längerfristige Sicherheit.

85 Im Zentrum steht für uns eine bessere und verlässliche Grundfinanzierung von

86 Kommunen bei der Aufnahme.

87 Die Einführung der pro-Kopf-Pauschale ist hierfür ein erster richtiger Schritt
88 und stellt einen echten Systemwechsel dar, den wir grundsätzlich begrüßen. Zur

89 pro-Kopf-Pauschale soll ein Bundes-Investitionsfond eingeführt werden, der aus
90 Mitteln des Bundes gefüllt wird. Aus diesem Fonds sollen langfristige
91 Investitionen getätigt werden, die im
92 Zusammenhang mit der kommunalen Aufnahme von geflüchteten Menschen stehen.
93 Zusätzliche Kitas und Schulräume werden durch die Aufnahme insbesondere vieler
94 aus der Ukraine geflüchteter Menschen dringend benötigt. Wir schlagen vor, dass
95 für diese besonderen
96 Maßnahmen auch Mittel aus dem europäischen Asyl-, Migrations, und
97 Integrationsfonds (AMIF) beantragt werden sollen. Damit würde jeder in ein
98 Projekt investierte Euro durch EU-Mittel verneunfacht. Dies ist ein enormer
99 Hebel, der bisher weitestgehend ungenutzt bleibt.

100 Die Verteilung in Niedersachsen ist nicht gleichmäßig, denn jede Kommune hat
101 ihre eigenen Kapazitäten. Denjenigen, die in der Vergangenheit vorgesorgt haben
102 oder jetzt besonders viel leisten, möchten wir mit einer Sonderzuweisung helfen.
103 So können sich die lokalen Entscheidungsträger*innen wieder auf das
104 konzentrieren, was gerade gebraucht wird.

105 Zur Entlastung der Ausländerbehörden trägt schon jetzt der im
106 Chancenaufenthaltsrecht angelegte Spurwechsel bei. Den Spurwechsel wollen wir
107 ausweiten, denn damit können Menschen in die Erwerbsmigration wechseln. Auch die
108 Reduzierung von Vorspracheterminen und eine bundesweit einheitliche digitale
109 Aktenführung wären ein entscheidender Beitrag zur Entlastung. Das ist eine
110 vernünftige und zielführende Maßnahme, im Gegenteil zur Kürzung von
111 Sozialleistungen – denn dadurch würde die Zahl der Geflüchteten nicht sinken,
112 aber es würden soziale Probleme verschärft.

113 Über die Verwendung der Gelder, die vom Bund den Ländern zur Verfügung gestellt
114 wurden, muss Transparenz hergestellt werden. Die niedersächsische
115 Landesregierung informiert transparent über die Verwendung der Mittel. Das
116 Bundesland Bayern hat bisher nur einen Bruchteil der Unterstützung des Bundes an
117 die Kommunen weitergegeben. Wir möchten deshalb eine Transparenzpflicht
118 einführen, wie die Mittel des Bundes verwendet werden. Wir hoffen, dass Bayern
119 ein Einzelfall bleibt.

120 Ankommen erleichtert: Für mehr Teilhabe ab dem ersten Tag
121 Wir wollen, dass Niedersachsen ein wirtschaftlich starkes Land bleibt.
122 Integration, Sprachförderung, Aus- und Weiterbildung sowie die Erleichterung der
123 Anerkennung von Abschlüssen bewirken, dass in naher Zukunft das ganze Land
124 profitiert. Ein wichtiger Baustein für unsere lokale Wirtschaft sind Arbeits-
125 und Fachkräfte, für die wir ein attraktives Ziel sein müssen. Darin sind sich
126 Ökonom*innen, aber auch Handwerksbetriebe und Unternehmen einig, die dringend
127 Mitarbeitende und Auszubildende brauchen. Auch die öffentlichen Kassen werden
128 entlastet, wenn Menschen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Dies
129 scheitert nicht am Willen der Zugewanderten, eine Tätigkeit aufzunehmen, sondern
130 an rechtlichen Hürden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Geflüchtete ab dem
131 1. Tag nach der dreimonatigen Wartefrist arbeiten dürfen und dass Arbeitsverbote
132 abgeschafft werden.
133 Zusätzlich müssen Anerkennungs- und Qualifizierungsberatungen als ein
134 wesentliches Instrument zur Arbeitsmarktintegration von internationalen

135 Fachkräften gesetzlich verankert werden. Doch darüber hinaus brauchen wir auch
136 die benötigte und politisch gewollte Willkommenskultur vor Ort.

137 Niedersachsen ist ein offenes und vielfältiges Bundesland, das die nötigen
138 Vorkehrungen dafür trifft, damit dieses Zusammenleben in Vielfalt gelingt. Die
139 meisten Menschen, die zu uns gekommen sind, werden bleiben. Eine
140 verantwortungsvolle Politik schafft darum die Möglichkeit für eine schnelle und
141 langfristig gelingende Integration in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt.
142 Dafür muss es eine gemeinsame, verbindliche Verständigung aller Beteiligten
143 darüber geben, wie das gelingen kann.

144 Im Rahmen der Vorschläge durch die Ministerpräsident*innenkonferenz fordern wir
145 eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft und Wissenschaft in der Kommission
146 des MPK-Beschlusses.

147 Verschiedenen Studien sind mit dem Versuch gescheitert, den Nachweis zu
148 erbringen, dass Menschen durch weniger Sozialleistungen nicht nach Deutschland
149 kommen. Durch Sachleistungen werden den Kommunen zudem weitere bürokratische
150 Aufgaben auferlegt, dadurch bleiben Probleme ungelöst und Behörden werden
151 überfordert. Stattdessen müssen Verfahren digitalisiert und vereinfacht werden.
152 Wie es gehen kann, zeigt Oberbürgermeister Belit Onay mit der Socialcard. Die
153 geplanten Einschränkungen bei den Leistungen für Asylbewerber*innen in den
154 ersten drei Jahren werden zur Konsequenz haben, dass zum Beispiel Familien mit
155 Kindern in dieser Zeit geringere Integrationsleistungen bekommen als mit dem
156 Bürgergeld. Damit wird Integration verhindert.

157 Die Einwanderungs- und Ausländerbehörden in Niedersachsen sowie die
158 Verwaltungsgerichte müssen personell besser aufgestellt werden und brauchen
159 Vereinfachung sowie Rechtssicherheit, um Verfahren zu beschleunigen und Engpässe
160 zu beheben. Auch hierbei spielt die Digitalisierung eine große Rolle.
161 Migrationsstrukturen auf Landesebene und auf kommunaler Ebene sollen gestärkt
162 werden. Die großartige Leistung der Migrationsberatungen in Niedersachsen ist
163 von unschätzbarem Wert. Ihre Arbeit soll dauerhaft auskömmlich finanziert sein.
164 Auch die unabhängige Asylverfahrensberatung muss ausgebaut und verstetigt
165 werden.

166 Ein zentraler Baustein der Bundesebene wird sein, Migrationsabkommen auf
167 Augenhöhe mit den Herkunftsstaaten zu schließen. So bleiben auch vielen Menschen
168 gefährliche Fluchtrouten erspart. Wir lehnen die Durchführung von Asylverfahren
169 außerhalb Europas ab. Diese sind Völker- und europarechtlich nicht
170 durchführbar. Wir begrüßen ausdrücklich, dass es hierzu aus Niedersachsen eine
171 entsprechende Protokollnotiz in der Bund-Länder-Runde gibt. Wer nach
172 sorgfältiger Prüfung keinen Anspruch auf Asyl hat, muss zügig in das
173 Herkunftsland zurückgeführt werden. Wie bereits im niedersächsischen
174 Koalitionsvertrag beschrieben, steht für uns die freiwillige Ausreise an erster
175 Stelle. Sind Abschiebungen unvermeidbar, gelten die humanitären Grundsätze und
176 die Berücksichtigung u.a. des Kindeswohls und der größtmögliche Verzicht auf die
177 oft unverhältnismäßige Anwendung von Haft. Dies ist unser unverrückbarer
178 Grundsatz.

179 Niemand verlässt seine Heimat ohne triftigen Grund. Menschen verlassen ihr
180 Zuhause aufgrund von Konflikten, Krisen oder politischer Verfolgung. Ihr Leid
181 und ihre Flucht und ihre Menschenwürde ist nicht zu relativieren. Den
182 menschenrechtswidrigen Umgang mit Geflüchteten an den europäischen Außengrenzen

183 verurteilen wir und setzen uns dafür ein, dass Menschenrechte eingehalten
184 werden. Dafür ist eine starke zivile und auch staatlich koordinierte
185 Seenotrettung erforderlich.

186 Als GRÜNE sind zwei unserer Herzensthemen, Klima und Demokratie, zentrale
187 Bausteine, um Fluchtursachen effektiv zu bekämpfen. Wir setzen uns für die
188 nachhaltigen Entwicklungsziele und humanitäre Unterstützung in betroffenen
189 Regionen ein. Wir wissen, dass nicht alle Krisen erfolgreich beendet werden
190 können. Wer in Niedersachsen Schutz findet, soll von uns jede Unterstützung für
191 den Beginn eines neuen Lebens, der gesellschaftlichen Teilhabe und Mitbestimmung
192 bekommen. Für Niedersachsen bleibt der Schutz des einzelnen Menschen mit seinen
193 Bedürfnissen nach Schutz und Sicherheit der Ausgangspunkt jedes politischen
194 Handelns.